

Kommunale Handlungsfähigkeit in der Krise

Ein Gespräch mit Bürgermeister Michael Pöhnlein und Kämmerin Nadine Köstner aus Nordhalben, Oberfranken, über Haushaltskonsolidierung, Infrastrukturkosten und die Zukunft der Demokratie

Simon Dudek und Andreas Kallert

Nordhalben im Landkreis Kronach ist eine der bayerischen Kommunen, die mit gravierenden Haushaltsdefiziten kämpfen und auf Stabilisierungshilfen des Freistaats angewiesen sind. Wir haben mit Bürgermeister Michael Pöhnlein und Kämmerin Nadine Köstner gesprochen, die sich gemeinsam gegen die Folgen der anhaltenden Strukturschwäche im oberen Frankenwald stemmen. Im Gespräch benennen sie die Ursachen der kommunalen Krise – von der lokalen Wirtschaftsschwäche über die Nachteile, eine wasserfördernde Gemeinde zu sein, bis zu den Problemen bei der Fördermittelakquise. Sie stellen eine immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen armen und reichen Kommunen fest und plädieren daher für eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen und einen fairen finanziellen Ausgleich für Kommunen, die Infrastruktur für andere Regionen vorhalten. Nicht zuletzt geht es in dem Gespräch darum, wie die lokale Demokratie unter den permanenten Sparaufgaben leidet.

Simon Dudek:

Liebe Nadine Köstner, lieber Bürgermeister Pöhnlein, könnten Sie sich und die Marktgemeinde Nordhalben kurz vorstellen?

Nadine Köstner:

Mein Name ist Nadine Köstner. Ich wohne in Nordhalben, bin gebürtige Nordhalbenerin und arbeite seit fünf Jahren bei der Marktgemeinde Nordhalben. Zuerst in der Kasse und jetzt als Kämmerin.

Michael Pöhnlein:

Mein Name ist Michael Pöhnlein. Ich bin seit 2014 ehrenamtlicher erster Bürgermeister in der Marktgemeinde Nordhalben. Ich bin auch ein Nordhalbener Urgestein, wie man so schön sagt.

Nordhalben ist eine kleine Gemeinde im oberen Frankenwald, direkt an der ehemaligen innendeutschen Grenze zu Thüringen. Wir erleben den demografischen Wandel mit all seinen Folgen und versuchen uns dagegen zu stemmen. Teilweise haben wir Erfolg, teilweise nicht. Wir versuchen, das Beste aus der Situation zu machen.

Simon Dudek:

Lassen Sie uns noch ein bisschen tiefer auf die Situation in Nordhalben eingehen: Wie würden Sie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte vor Ort beschreiben?

Michael Pöhnlein:

Die Entwicklung seit der Jahrtausendwende hat uns leider viel Substanz gekostet. Das ist schon sehr heftig, wenn man zurückschaut, was uns in den letzten 25 Jahren weggebrochen ist:

Viele kleine und große Betriebe, Geschäfte, Läden, Gastronomie usw. Positiv ist, dass wir seit kurzem wieder eine neue Firma in Nordhalben angesiedelt haben, einen kleinen Industriebetrieb, bei dem wir uns Hoffnung machen,

dass dort zukünftig noch Potenzial da ist. Wir versuchen hier vor Ort auch neue Wege zu gehen, um den Ort aufrechtzuerhalten. Das Hauptproblem besteht darin, dass wir zur Einwohnerzahl eine viel zu große Infrastruktur haben. In Zahlen ausgedrückt: Wir haben eine Infrastruktur für über 3.000 Einwohnerinnen und Einwohner und inzwischen wohnen hier etwa 1.500 – knapp die Hälfte. Das ist für viele Kommunen im ländlichen Raum ein Problem. Wie soll man das dauerhaft aushalten?

Simon Dudek:

Seit 2014 steht das Staatsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen im ganzen Freistaat, in Stadt und Land, in der Verfassung. Was ist Ihre Einschätzung? Hat sich seitdem was verändert? Wie steht es um das Erreichen dieses Staatsziels aus Nordhalbener Perspektive?

»Wir kämpfen um jeden Einwohner.«

Michael Pöhnlein:

Papier ist geduldig. Dieses Ziel ist nicht realistisch. Im Gegenteil, wir merken, wie die Schere immer weiter auseinandergeht. Ich habe Kontakte zu oberbayerischen Bürgermeistern und es ist immer interessant, wenn wir uns austauschen und jeder seine Probleme und Herausforderungen erzählt. Das ist wie Tag und Nacht – die Unterschiede sind enorm. Die einen wissen nicht mehr, wohin mit den Bürgern. Immer mehr Investitionen, noch eine Kita, noch eine Grundschule – teilweise verhängen die einen Einwohnerstopp nach dem Motto: »Wir verlieren unsere Identität, wir sind zu stark gewachsen, es reicht, Schluss«. Bei uns ist das Gegenteil der Fall. Wir kämpfen hier um jeden Einwohner. Wir machen Projekte wie ›Landleben auf Probe‹ und versuchen Leute in den Ort zu bekommen. Wir haben dabei Erfolge, wir haben aber auch leider negative Erlebnisse. Diese gleichwertigen

Lebensverhältnisse – auf dem Papier klingt das schön, aber die Realität sieht anders aus.

Nadine Köstner:

Ich hätte dazu auch noch ein Beispiel. Wir haben gerade vom Bayerischen Gemeindetag ein Rundschreiben zur Kassenstatistik erhalten, wie die finanzielle Lage der Kommunen ist. Die Steuereinnahmen sind leicht gestiegen, auch bei der Gewerbesteuer. Dieser landesweite Durchschnitt sagt aber zur Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen bei den einzelnen Gemeinden wenig aus. Bei uns in Nordhalben zeigt die Entwicklung leider schon lange ins Negative.

Michael Pöhnlein:

Die Staatsregierung bemüht sich. Nach Kronach [Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises, in dem Nordhalben liegt; Anm. d. A.] soll jetzt eine Finanzhochschule in den ländlichen Raum kommen. Das wird Kronach sicherlich beleben, denn ich bin überzeugt, wenn Studenten in eine Stadt kommen, ist das immer gut. Aber wie die Auswirkungen für den restlichen Landkreis Kronach sind – je weiter man von der Kreisstadt entfernt ist, desto geringer fallen die aus. Wir werden uns sicherlich anders aufstellen müssen. Wir haben andere Ziele, andere Prioritäten. Es geht vor allem auch darum – und da kann auch die Kämmerin ein Lied singen –, dass man nur dann, wenn man wirklich Eigenmittel zur Verfügung hat, Investitionen tätigen kann und auch auf Förderprogramme zurückgreifen kann, bei denen die Bevölkerung sieht: Jawohl, es geht was voran. Wir sind ständig dabei, ›Löcher zu stopfen‹: Was können wir machen, was können wir nicht machen?

Wir werden von verschiedenen Stellen mit Mails ›bombardiert‹, da gibt es eine Förderung, hier gibt es eine Förderung. Wir prüfen was ist sinnvoll für uns? Wenn ja – Eigenanteil der Gemeinde, haben wir eine Chance die notwendigen Eigenmittel aufzubringen, um ein

Förderprogramm zu nutzen? Selbst bei 90 % Förderungen für finanzschwache Kommunen, können wir nur ›kleine Sprünge machen‹. Die Kommunen hingegen, die finanziell stark sind, können diese Förderprogramme voll nutzen, noch mehr machen oder ihre Sache noch besser machen. Wir können die Förderprogramme nicht in Anspruch nehmen und fallen dadurch natürlich noch weiter zurück.

Andreas Kallert:

Da möchte ich nachhaken: Können Sie bitte einmal schildern, wie die Lage der Kommunalfinanzen in Ihrer Gemeinde generell ist und wie es dazu gekommen ist?

Michael Pöhnlein:

Nordhalben war früher mal ein Industrieort. Wir hatten 600 Industriearbeitsplätze, größere Firmen vor Ort. Aber leider sind diese aus unterschiedlichen Gründen nach und nach verschwunden: Durch Familienschicksale, Konkurs, Übernahme und Betriebsverlagerung durch einen Konzern. Mit der Grenzöffnung kam hinzu: Es gab hier die sogenannte Zonengrenzförderung, die 1990 komplett gestrichen wurde. Diese hätte weiterlaufen müssen. Gleichzeitig entstand in der Nachbarschaft in Thüringen – das war auch nötig, da bin ich nicht böse drüber – für die Firmen eine attraktive Alternative: eine Hochförderzone, in der man 40, 50 % sämtlicher Investitionen gefördert bekommen hat. Natürlich haben wir dadurch Betriebe verloren. Dieses Problem betrifft viele Kommunen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Trotzdem liefen die 1990er Jahre noch ganz gut für Nordhalben. Die schon oben genannte negative Entwicklung verschärfte sich deutlich nach der Jahrtausendwende. Nun haben wir keine Industriearbeitsplätze mehr und auch Handel, Gewerbe und Gastronomie sind deutlich zurückgegangen. Dadurch fehlt der Gemeinde die Gewerbesteuer – für uns fast schon ein Fremdwort. Gewerbesteuereinnahmen sind nur ›Peanuts‹. Wir versuchen deshalb Alternativen aufzubauen. Wir sehen eine Chance in

der Windkraft, um finanziell wieder Boden unter den Füßen zu bekommen. Weiterhin haben wir hier eine große Trinkwassertalsperre, mit der große Teile von Franken versorgt werden. Beispiel: Erlangen wächst, blüht und gedeiht mit unserem Wasser. Und wir als Kommune mit unseren großen Wasserschutzgebieten haben Belastungen, Einschränkungen und Wertverlust. Da muss ein kommunaler Ausgleich zwischen den wasserliefernden und den wassernehmenden Kommunen geschaffen werden. Die einen profitieren und wir haben überhaupt nichts davon. Das kann es nicht sein. Das sind die beiden größten Chancen, die ich sehe. Dass eine Industriefirma wie früher nach Nordhalben kommt und mehrere hundert Arbeitsplätze schafft – das wäre schön, ist aber unrealistisch.

»[W]ir müssen uns [...] nach anderen Einkommensquellen umsehen. Wir sehen eine Chance in der Windkraft [...].«

Nadine Köstner:

Wir sind Haushaltskonsolidierungsgemeinde und stellen jedes Jahr den Antrag auf Stabilisierungshilfen. Das ist mit vielen Einschränkungen und relativ viel Aufwand verbunden, aber wir sind auf das Geld angewiesen und können nicht darauf verzichten. Als kleine Kommune, bezogen auf die Einwohnerzahl, belasten die Gebühren der kostenrechnenden Einrichtungen wie Wasser, Abwasser oder Friedhof unsere Bürger stärker als die Abgabepflichtigen in größeren Gemeinden oder Städten. Denn der Bau von einem Meter Wasserleitung kostet in Nordhalben annähernd das Gleiche wie in einer Großstadt. Aber bei uns haben wir halt auf 100 Meter nur sehr wenige Abnehmer in einer Großstadt dagegen etliche Abnehmer bzw. Gebührenzahler.

Michael Pöhnlein:

In der letzten Marktgemeinderatssitzung meinte ein Gemeinderat: Es kann nicht sein, dass die Kommunen hier auf dem Lande ›vor die Hunde gehen‹ und auf der anderen Seite gibt Deutschland viel Geld aus für alle möglichen Sachen in der Welt draußen. Ich sehe das nicht bei der Ukraine, weil Putin möchte die Sowjetunion wieder auferstehen lassen und die entstandenen demokratischen Staaten wieder von der Landkarte tilgen. Ich sehe es aber bei anderen Projekten, Beispiel: Wiederaufbau Gaza-Streifen: Müssen wir das finanzieren und dann hat man für die eigenen Kommunen kein Geld?

Das merkt natürlich der Bürger, und das ist Wasser auf gewisse Mühlen. Wir sind hier an der Grenze zu Thüringen, im Landkreis Saale-Orla steht die AfD bei 50 %. Und früher oder später schwappt das rüber zu uns. Die Bürger vor Ort bekommen von uns gesagt: »Das geht nicht mehr und das wird eingeschränkt und da konnte die Kommune nichts machen, weil sie kein Geld hat«. Dann schaltet der Bürger den Fernseher ein und dann heißt es: So und so viele Milliarden sind jetzt wieder irgendwo versenkt worden in einem Großprojekt oder im Ausland. Da muss ich ganz klar sagen: Das ist für die Demokratie nicht förderlich.

Andreas Kallert:

Verstehe ich Sie also richtig, dass die Gemeinde Nordhalben mit dem bestehenden Kommunalfinanzsystem nicht alleine aus dieser Abwärtsspirale rauskommt?

Nadine Köstner:

Leider liegt die eigene Finanzkraft unserer Gemeinde weit unter dem Durchschnitt. Die Gewährung von Schlüsselzuweisungen für die laufenden Ausgaben mildert zwar die fehlende eigene Finanzkraft etwas ab, gleicht diese aber bei weitem nicht aus. So wird es immer schwieriger, den Eigenanteil bei Investitionen aufzubringen.

Wenn wir das Thema Windkraft wirklich umsetzen könnten – das machen ja schon einige Kommunen auch im Landkreis bei uns – dann hätten wir noch eine reelle Chance. Da sind schon relativ gute Einnahmen zu generieren.

Allerdings gibt es da bei uns das Problem, dass die Flächen, die wir für Windkraft nutzen könnten, aufgrund des Wasserschutzgebietes, außen vor sind. Ein eventuell mögliches Windkraftvorranggebiet gehört leider nicht der Marktgemeinde, das heißt es wird eine Ausschreibung geben und das macht es für uns schon wieder schwieriger.

»Wenn Wertschöpfung, dann muss die Region richtig davon profitieren und nicht bloß ein paar Brotkrümel, während die Gewinne wieder an irgendeinen weit entfernten Konzern gehen.«

Michael Pöhnlein:

Da geht es um die Flächensicherung. Es darf nicht passieren, dass wir wieder nur Nachteile haben, während die ganze Wertschöpfung woanders hinfließt. Nordhalben wurde beim Talsperrenbau vom Freistaat Bayern schon einmal ›über das Ohr gehauen‹.

Wenn Wertschöpfung, dann muss die Region richtig davon profitieren und nicht bloß – ein paar ›Brotkrümel‹, während die Gewinne wieder an irgendeinen weit entfernten Konzern gehen. Das kann nicht sein. Diese 0,2 Cent [pro Kilowattstunde Ertragsbeteiligung bei neuen Ökostromanlagen; Anm. d. A.] zum Beispiel – das ist lachhaft, was da den Kommunen angeboten wird. Wenn sich da ein Wirtschaftsminister Aiwanger noch stolz hinstellt, dann muss ich sagen: »Setzen Sechs«.

Das Ziel wäre, sollte die Genehmigung für einen Windpark bei uns kommen, zusammen mit anderen Kommunen eine eigene kommunale Betreiberfirma zu gründen. Damit bliebe die Wertschöpfung in den Kommunen der Region und das merkt dann auch der Bürger.

Da der Flächeneigentümer der Bayerische Staatsforst ist, wird es hier ein Ausschreibungsverfahren geben – wenn da ein Konzern eine Pacht ›hinknallt‹, dann wird es für uns schwierig. Das zeigt die Vergangenheit solcher Ausschreibungsverfahren.

Aber dann wird es auch großen Widerstand aus der Bevölkerung geben.

Andreas Kallert:

Welcher Spielraum bleibt denn einem Bürgermeister oder einer Kämmerin überhaupt noch zur eigenen Gestaltung jenseits der Erfüllung von Pflichtaufgaben?

Nadine Köstner:

Eigentlich keiner, wenn man ehrlich ist. Wir versuchen schon mit kleinsten Mitteln und mit viel ehrenamtlichen Engagement, kleinere Maßnahmen durchzuführen – dass z. B. ein Spielplatz verschönert wird oder ähnliches. Im Rahmen der ILE – das ist ein Zusammenschluss von mehreren Kommunen – haben wir verschiedene Projekte eingereicht. Hierbei geht es um kleinere Maßnahmen oder Anschaffungen, sodass die Gemeinde den Eigenanteil dafür stemmen kann. Es können auch Bürger oder Vereine Projekte einreichen. Zum Beispiel hat unser Badförderverein neue Außenmöbel fürs Schwimmbad erhalten, oder der neugegründete Verein ›Frischer Wind‹ hat für den Ortsteil Heinersberg den Garten der ›alten Schule‹ in eine Begegnungsstätte für Jung und Alt umgewandelt. Solche kleinen Maßnahmen, hinter denen viel ehrenamtliches Engagement steht, sind gerade noch so möglich, weiterer Spielraum ist nicht vorhanden.

Michael Pöhnlein:

Wir versuchen, Förderprogramme mit einem hohen Förderanteil – wie jetzt 90 % bei der Städtebauförderung – zu nutzen. Für uns ist das Thema Rückbau wichtig, aufgrund des hohen Leerstandes. Und da versuchen wir jedes Jahr, ein,

zwei Projekte umzusetzen. Aber dafür müssen wir das Geld zusammenkratzen. Der Sinn dahinter ist, dass der Bürger sieht: Jawohl, da ist wieder eine Ruine aus dem Ort weg. Dadurch werten wir das Umfeld der Nachbarschaftshäuser auf. Dadurch werden auch intakte, aber leerstehende Häuser in der Nachbarschaft plötzlich attraktiv für neue Bewohner. Aber das sind nur Kleinstmaßnahmen, die wir durchführen. Eigentlich müsste gerade in Sachen Klimaschutz und -anpassung viel mehr passieren um sich an Wetterextreme wie Hitze und Starkregen anzupassen. Das betrifft Großteile der Ortschaft, weil in den 1970er Jahren viele Flächen oft unnötig versiegelt worden sind. Aber das sind Maßnahmen, die verdammt viel Geld kosten, das fehlt uns hinten und vorne.

Nadine Köstner:

So war es zum Beispiel beim Thema Breitband. Wir waren eine von fünf Kommunen, die im Landkreis die Förderung bekommen haben. Aber dann kam die Diskussion im Marktgemeinderat: Es ist sehr schön, dass wir ausgewählt wurden und natürlich auch sehr sinnvoll, da es natürlich einen Vorteil für die Bürger und Bürgerinnen erzielt, aber wie finanzieren wir den Eigenanteil? Letztendlich hat der Marktgemeinderat die Umsetzung beschlossen. Wir haben es jetzt in die Finanzplanung aufgenommen. Ich hoffe, wir können es finanzieren.

Andreas Kallert:

Vorhin war schon einmal kurz die Rede vom Haushaltskonsolidierungskonzept, das Nordhalben als Stabilisierungshilfe-Kommune jährlich fortschreiben muss. Wie sieht denn der Prozess aus, ständig neue Einsparungen und Einnahmenerhöhungen zu finden. Wo sind da die Grenzen?

Nadine Köstner:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept, das der Marktgemeinderat zu jedem Antrag neubeschließen muss, ist jährlich fortzuschreiben und entsprechende Veränderungen des abgelaufenen Jahres einzuarbeiten. Um überhaupt in den Genuss von Stabilisierungshilfen zu kommen, sind kostendeckende Gebühren bei den kostenrechnenden Einrichtungen zu erheben. Aus diesem Grund mussten wir die Friedhofsgebühren deutlich erhöhen. Ebenso müssen alle vier Jahre die Gebühren für Wasser- und Abwasser neu kalkuliert werden. Dies war auch in 2025 wieder der Fall. Nachdem die Gebühren im letzten Kalkulationszeitraum schon deutlich gestiegen waren, mussten wir sie für den neuen Kalkulationszeitraum erneut anheben.

Um die vordringlich anstehenden Investitionen in die Infrastruktur, vor allem bei der maroden Trinkwasser- und Abwasserversorgung schultern zu können, mussten wir unsere Bürger zusätzlich mit der Erhebung von Verbesserungsbeiträgen belasten. Eine Finanzierung ausschließlich über Gebühren hätte für den Markt Nordhalben eine erhebliche Neuverschuldung und somit eine sehr große Zinsbelastung bedeutet. Dass die Beitragserhebung für unsere Abgabepflichtigen eine erhebliche finanzielle Belastung darstellt und wir deshalb viel Gegenwind erhalten, war uns klar, jedoch leider alternativlos.

Ein gewisser Spielraum ist bei den Hebesätzen für die Grundabgaben vorhanden, allerdings dürfen diese nicht unterhalb des Landesdurchschnitts liegen. Bei der Grundsteuer, deren Berechnungsgrundlagen zum 01.01.2025 neu gefasst wurden, waren die Hebesätze der Gemeinde neu festzulegen.

Der Empfehlung der Regierung die Umstellung für die Bürger möglichst neutral zu gestalten, ist unser Marktgemeinderat gefolgt. Leider konnten wir dies aber nur ein Jahr halten. Zum 01.01.2026 ist der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung, die Hebesätze anzuheben und

somit die Einnahmen um ca. 17.000 € zu steigern, nachgekommen.

Die Einnahmeanpassungen bzw. -erhöhungen ergeben sich somit aus den jeweiligen Gebührenkalkulationen, Erhöhung der Hebesätze Grundsteuer, Hundesteuer etc., die zwingend vom Marktgemeinderat zu beschließen sind und leider natürlich wieder die Bürger belasten. Bezuglich der Einsparungen muss bei der Erstellung des Haushaltsplanes jährlich Position für Position bei den Ausgaben geprüft werden, um eventuell die Ansätze des Vorjahres reduzieren zu können. Ein zermürbender Prozess, denn die angedachten Einsparungen müssen realistisch sein, um den Haushaltsausgleich nicht zu gefährden. Zudem hat der Marktgemeinderat das Vorliegen eines genehmigungsfähigen Haushaltes zu bestätigen.

Michael Pöhnlein:

Es steht immer im Bescheid zu den Stabilisierungshilfen: »Die Gemeinde Nordhalben ist aufgefordert, neue Einnahmequellen zu erschließen«. Das versuchen wir dann auch, aber dann kommt der gleiche Freistaat und sagt: Nee, aber das geht nicht.

Ein Beispiel zum Kopfschütteln: Wir haben eine Trinkwasser-Talsperre auf dem Gemeindegebiet. Dort wird mit zwei Turbinen Strom erzeugt. Bis zum Jahr 2007 hat die Kommune hierfür Gewerbesteuer erhalten. Dann haben die Bayerischen Landeskraftwerke – das ist ein Tochterunternehmen des Freistaates Bayern – den Firmensitz nach Nürnberg verlegt. Mit der Folge, dass die damals schon ›klamme‹ Kommune Nordhalben über 300.000 € an Gewerbesteuer zurückzahlen musste. Das ging nur auf Raten. Seitdem bekommt die Stadt Nürnberg die komplette Gewerbesteuer für die Stromerzeugung an der Ködeltalsperre bei Nordhalben. Es tut mir leid, wenn es dann heißt: Gleichwertige Lebensverhältnisse und Stadt-Land-Ausgleich – das sind hohle Phrasen. Hier sieht man die Realität. Die Stadt Nürnberg, die wahrscheinlich nicht mal

weiß, wo die Ködeltalsperre liegt, bekommt die Steuern und wir schauen in die Röhre. Das kann nicht sein.

Der Freistaat Bayern muss die Gesetze ändern: Hier auf dem Land wird produziert und mindestens 80 % der anfallenden Gewerbesteuer müssen dort abgegeben werden, wo tatsächlich die Anlage steht. Wenn mir dann ein Finanzminister dazu schreibt: Seid froh, dass ihr Stabilisierungshilfe kriegt, dann kann ich das nicht akzeptieren.

Wir wollen eigentlich auf eigenen Beinen stehen. Ich weiß aber nicht, ob das von der Politik gewünscht ist, dass Kommunen auf eigenen Beinen stehen und vielleicht ein wenig mehr Selbstvertrauen haben. Ich habe immer mehr das Gefühl, es ist gewünscht von der ›Hohen Politik‹, wenn man die Kommunen wie ›an einem Ring an der Nase herumführen kann‹ und das kann man nur, wenn man sie auch in finanzieller Abhängigkeit hält.

»Die Stadt Nürnberg [...] bekommt die Steuern und wir schauen in die Röhre.«

Andreas Kallert:

Um beim Thema Wasser zu bleiben: Es gibt ja diese Interessengemeinschaft wasserliefernder Kommunen (IWK). Herr Pöhnlein, Sie sind Sprecher der Initiative?

Michael Pöhnlein:

Richtig, ich bin der Sprecher. Inzwischen sind über 20 Kommunen aus ganz Bayern dabei, die große Wasserschutzgebiete für andere Kommunen vorhalten. Beispiele sind Miesbach und umliegende Gemeinden im Mangfall- und Loisachtal, woraus München sein Trinkwasser bezieht. Weiter Niederschönenfeld und Genderkingen an der Lechmündung, die jährlich über 50 Mio. Kubikmeter in den Nürnberger Wirtschaftsraum liefern. Dazu kommen Kommunen aus Mittelfranken, Nordhalben und auch die benachbarte Stadt Wurzbach in Thüringen.

Unsere Position ist klar: Wir stehen zu unseren großen Wasserschutzgebieten, aber wir wollen dafür einen finanziellen Ausgleich. Schließlich haben wir viele Auflagen, Einschränkungen und einen immensen Wertverlust. Nach dem Wasserhaushaltsgesetz soll jede Kommune vor Ort Wasser fördern. Aber wenn Bauland 1.000 € plus X pro Quadratmeter kostet und dann zum Wasserschutzgebiet werden soll... Die Städte profitieren davon, wenn auf dem Land große Wasserschutzgebiete eingerichtet werden und sie nur den Hahn aufdrehen.

Erlangen ist das typische Beispiel. Sie bauen jetzt einen neuen Stadtteil, die ›Siemensstadt‹, für über 20.000 Einwohner – ein Drittel unserer Landkreisbevölkerung. Das können sie nur, weil sie Wasser von der Fernwasserversorgung bekommen. Es entstehen Arbeitsplätze, Wohnungen, Cafés, usw. – die ganze Infrastruktur in Erlangen profitiert und boomt und wir ›schauen in die Röhre‹!

Wir sind seit fast zehn Jahren daran – das ist ein längerer Kampf. Wir haben auch eine Petition eingegeben. Der Petitionsausschuss hat unsere Petition zwar mit der Regierungsmehrheit abgelehnt, aber selbst der Ausschussvorsitzende Flierl hat gesagt: »Ja, die Forderung der IWK ist berechtigt, die Argumente stechen, aber der Wassercsent ist nicht das richtige Instrument. Es müsste ein Extra-Gesetzgebungsverfahren für einen finanziellen Ausgleich für diese Kommunen geschaffen werden.« Wir haben aber zum ersten Mal von Behörden bzw. der ›Hohen Politik‹ gehört: Jawohl, eure Argumente sind richtig. Ob und bis wann etwas passiert, das wird sich zeigen. Wir machen weiterhin Druck.

Klar ist: Wenn der Freistaat zum Schluss kommt wir brauchen eine neue Talsperre oder ein großes Wasserschutzgebiet, um die Trinkwasserversorgung in Bayern zu sichern, dann wird keine Kommune ›Hier bei uns‹ schreien! Denn jeder weiß, welche Einschränkungen und Belastungen damit verbunden sind. Die Diskussion wird

auf alle Fälle weitergehen. Ob Nordhalben noch rechtzeitig einen finanziellen Ausgleich bekommt oder ob wir schon vorher finanziell ›über dem Jordan sind‹, das wird sich zeigen. Das ist in jedem Fall ein enger Wettkampf mit der Zeit.

Simon Dudek:

Was müsste sich im Bereich der Kommunalfinanzen ändern, damit alle Kommunen über eigenen Handlungsspielraum verfügen?

Michael Pöhllein:

Es gibt inzwischen eine immer größere Diskussion, auch in Kommunen, die bis vor kurzem finanziell noch sehr gut dastanden und jetzt durch die hohen Sozialausgaben massiv unter Druck geraten. Da wird zunehmend gefragt, ob man z. B. nicht diesen ganzen Förderdschungel beseitigen sollte. Das finde ich einen interessanten Ansatz. Der kostet die Kommunen viel Zeit, Arbeitskraft und Geld.

Eine Idee wäre, dass die Kommunen das Geld direkt abrufen können. Wir wissen, was zu machen ist. Gewisse Aufsichtskontrolle brauchen wir, das ist mir vollkommen klar, damit sich keine Kommune ›einen goldenen Wasserhahn‹ baut.

Dann würde viel mehr Geld viel schneller den Kommunen zur Verfügung stehen, um direkt vor Ort Maßnahmen umzusetzen. Das würden auch die Bürger sehen und wäre letztendlich gut für unsere Demokratie.

Diese Diskussion wird, glaube ich, in der nächsten Zeit noch viel an Dynamik gewinnen. Wir brauchen keine 10.000 Förderprogramme in Deutschland. Wir sind auch an einem Punkt angelangt, wo wir nicht mehr die 100 % eines Gesetzes oder Vorschrift erfüllen, geschweige finanzieren können. Es müssen auch mal 60 oder 80 % reichen!

Andreas Kallert:

Gibt es diese Forderung denn nicht schon länger?

Michael Pöhnlein:

Es waren aber bisher die Forderung einzelner Kommunen, aber es werden immer mehr. Ein Beispiel ist bei uns die Haushaltskonsolidierung. Wenn ich sehe, wie lange von der Verwaltung daran gearbeitet wird, um die Unterlagen für die Stabilisierungshilfen einzureichen – was wird da wieder alles abgefragt, obwohl die Behörden ja wissen, wie die Lage ist? Dann muss das zum Landratsamt, dann zur Regierung, dann geht es nach München und dann wieder zurück.

Wir in Bayern machen Bürokratieabbau, so die Staatsregierung, aber gleichzeitig schlagen zehn neue Paragraphen irgendwo anders auf. Davon wird natürlich kein Wort gesagt. Da muss es wirklich anders werden. Wie gesagt, wir brauchen eine gewisse Kontrolle, aber wir sind in Deutschland an einem Punkt, wo wir einfach nicht mehr bewegungsfähig sind, wir können gar nicht reagieren. Interessant ist nur: Wenn die ›Katastrophe‹ kommt, dann wird von heute auf morgen alles weggewischt.

Es war 2015 Flüchtlingskrise – aus Syrien kamen die vielen Leute. Wir hatten eine Bürgermeister-Dienstbesprechung im Landratsamt: Wohin mit den Flüchtlingen? Der Landrat sagte: Kommunen, baut Häuser für die Flüchtlinge. Da haben die Bürgermeister gesagt: Moment einmal, wir brauchen doch erst einmal einen Bebauungsplan und so weiter. Antwort: Alles außer Kraft. Also wenn eine Sondersituation da ist, dann ist auf einmal alles problemlos möglich.

Aber das Schlimme ist: Wenn eine Kommune tatsächlich was gebaut hat und die Sondersituation vorbei ist, dann kommen Prüfer und stellen fest, die Vergaberichtlinien sind nicht richtig eingehalten worden. Das kann es nicht sein! Es gehört viel entschlackt, weil es ist einfach inzwischen zu viel geworden ist. Das merkt man in der Stimmung der Bevölkerung, bei den Gewerbetreibenden, aber auch in den Kommunen in der Verwaltung. Ich habe neulich ein Gespräch im Landkreis Hof gehabt. Da hören einige Bürgermeister auf. Die sagen einfach: Sie haben die

›Schnauze voll‹. Das sind vor allem schon länger Gediente, die kennen noch, wie es früher war.

Dazu kommen natürlich noch andere Sachen wie etwa die sozialen Medien hinzu. Man muss als Bürgermeister heute schon robust sein. Es werden auch noch mehr sagen: Das tue ich mir nicht mehr an.

Simon Dudek:

Eine andere Forderung ist die nach einem Schuldenschnitt. Wäre das der richtige Weg?

Michael Pöhnlein:

Jede Kommune würde sich freuen! Man muss dann als Kommune aber auch selbst dafür sorgen, dass man in zehn, 20 Jahren nicht wieder in der gleichen Situation kommt! Das erfordert allerdings auch Maßnahmen, die nicht immer gut in der Bevölkerung ankommen.

Ein weiteres Problem: die Kommune hat etwas Sinnvolles vor, aber die Investitionssumme ist zu niedrig. Ihr müsst ›richtig‹, also Millionensummen investieren, sonst gibt es keine Förderung, heißt es. Dann fängt die Verschuldung wieder von vorne an. Das ist ein Fehler im System, der abgeschafft werden muss!

Nadine Köstner:

Man darf nicht vergessen, dass ein Schuldenschnitt auch deswegen den Haushalt deutlich entlasten würde, weil die ganze Zinsbelastung und die Kreditrückzahlungen wegfallen würden.

Simon Dudek:

Es wird in letzter Zeit viel über den Zusammenhang von Kommunalfinanzen, Investitionsstau, Infrastrukturmängeln einerseits und einem Gefühl regionaler Unzufriedenheit und Rechtspopulismus andererseits diskutiert. Welchen Blick haben Sie auf diesen Zusammenhang und was sind Ihre Erfahrungen vor Ort?

Nadine Köstner:

Gleiche Lebensverhältnisse überall in Bayern – die sinngemäße Aussage des Ministerpräsidenten – sind meiner Meinung nach fast nicht möglich. Dazu sind die Lebensverhältnisse zwischen Ballungsgebieten und extrem ländlichem Bereich zu stark. Um hier zumindest eine gewisse Annäherung zu erreichen, müssten gerade im Bereich der Kommunalfinanzen deutlich mehr staatliche Fördermittel in den ländlichen Raum fließen. Damit könnten dringend notwendige Investitionen durchgeführt werden um die vorhandenen Infrastrukturmängel zu beseitigen.

Da dies zumindest bis jetzt leider nicht der Fall ist, wird man gerade im ländlichen Bereich immer neidvoll in Städte und Ballungszentren blicken. Nicht zuletzt beim öffentlichen Nahverkehr werden die krassen Unterschiede im ländlichen Bereich deutlich, was schließlich auch in vielen anderen Bereichen zu regionaler Unzufriedenheit und einem Gefühl des »Abgehängtseins« führt. Dies sind auch unsere Erfahrungen vor Ort.

Als Gemeindeverwaltung versuchen wir gemeinsam mit dem Gemeinderat im Rahmen unserer sehr beschränkten Mittel und mit viel ehrenamtlicher Hilfe dem entgegenzuwirken. Etwas Hoffnung gibt uns, dass der finanzielle Hilfeschrei vieler Kommunen in letzter Zeit bei den Verantwortlichen im Bund und in den Ländern eventuell jedoch Gehör zu finden scheint. So hoffen auch wir Nordhalbener auf deutliche Unterstützung beim Erhalt unserer Infrastruktur, vor allem im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

*»Du triffst die Leute nicht mehr im Wirtshaus [...].
Alles wird nur noch auf digitalen Schlachtfeldern auf Social Media ausgetragen.«*

Michael Pöhnlein:

Man muss da einen globalen Blick haben. Ich bin nach wie vor überzeugt: Wir leben in einem Land, das trotz aller

Schwächen und Probleme lebenswert ist. Klar, die Herausforderungen müssen angegangen werden, aber unsere Vorfahren hatten auch nicht immer leichte Zeiten, im Gegenteil.

In Diskussionen vertrete ich immer den Standpunkt: Es gibt kein ewiges Wachstum auf einer endlichen Welt. Brauchen wir noch mehr? Aber von Teilen der Politik ist ›Wachstum, Wachstum, Wachstum‹ noch immer die einzige Lösung. Großteil der Bevölkerung bzw. der Konsument ist darauf eingestellt und auf einmal gibt es kein Wachstum mehr und jetzt sind die Leute unzufrieden. Da ist ein Fehler im System. Übrigens: Schon Ludwig Erhard hat gesagt »Maß halten« und er hat nicht den Bierkrug gemeint.

Das Hauptproblem dabei ist, dass viele Leute in Blasen gefangen sind. Man merkt das in den Diskussionen, an manche Leute kommst du gar nicht mehr ran. Sie diskutieren nur noch mit Leuten, die die gleiche Meinung haben – gerade in den sozialen Medien. Die Corona-Krise hat diese Entwicklung noch beschleunigt. Du triffst die Leute nicht mehr im Wirtshaus, kommst dementsprechend selten in eine Diskussion. Alles wird nur noch auf ›digitalen Schlachtfeldern‹, auf Social Media ausgetragen. Dort bilden sich Meinungen und Leute wählen dann entsprechend.

Du siehst die Leute nicht mehr. Ich hätte mir früher auf dem Dorf nicht vorstellen können, dass es so wird. Früher hast du 80, 90 % deiner Dorfbewohner gekannt. Jetzt ist es so, dass es selbst in einer Ortschaft mit 1.500 Einwohnern Leute gibt, die du das ganze Jahr nicht siehst. Und es sind nicht bloß 5 %, sondern 20 % oder gar mehr. Die sind in einer Blase und wir kommen gar nicht mehr an sie ran. Und das auf dem Dorf – nicht in der Stadt, wo die Anonymität noch viel größer ist. Wie kommen wir wieder an diese Leute ran? Da bin ich, muss ich sagen, inzwischen schon ratlos.

Simon Dudek:

Liebe Nadine Köstner, lieber Michael Pöhnlein, vielen Dank für das Gespräch.